

**Policy Paper**

# Extrem rechte Jugendliche und junge Erwachsene

Herausforderungen und Handlungsempfehlungen

**November 2025**

Die Perspektive der Beratung .....	2
Problemlage.....	2
Ursachen und Dynamiken .....	3
Handlungsempfehlungen für Politik und Verwaltung .....	4

## Die Perspektive der Beratung

Im Bundesverband Mobile Beratung vernetzen sich bundesweit rund 50 Mobile Beratungsteams, die Kommunen, Schulen, zivilgesellschaftliche Akteur\*innen und Verwaltung im Umgang mit Rechtsextremismus unterstützen. Durch ihre Arbeit vor Ort haben die Teams einen unmittelbaren und frühzeitigen Einblick in aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen und erfüllen damit eine wichtige Seismographen-Funktion.

Die Teams beobachten bundesweit, wie sich rechtsextreme Orientierungen unter Jugendlichen ausbreiten, digitale Radikalisierung

zunimmt und Fachkräfte in Schulen und Jugendeinrichtungen zunehmend überfordert sind.

Das vorliegende Policy Paper fasst diese Beobachtungen zusammen, benennt aktuelle Herausforderungen und leitet daraus konkrete Handlungsempfehlungen für Politik und Verwaltung ab. Damit wollen wir frühzeitig auf strukturelle Bedarfe hinweisen und dazu beizutragen, dass staatliche und kommunale Akteur\*innen den Entwicklungen wirksam begegnen können.

## Problemlage

In den vergangenen Jahren hat die Verbreitung rechtsextremer Haltungen und Handlungen unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen spürbar zugenommen. Was früher punktuell auffiel, ist vielerorts zum Alltag geworden: In Schulen, Jugendzentren, Sportvereinen und digitalen Räumen begegnen Fachkräfte zunehmend offen artikuliertem Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit oder Verherrlichung des Nationalsozialismus. Die Beratungsstellen berichten aus nahezu allen Bundesländern von einer wachsenden Zahl an Anfragen, die sich mit radikalierten Jugendlichen oder rechtsextremen jugendlichen Cliques befassen. Dabei ist nicht nur die Quantität auffällig – auch die Qualität der Vorfälle hat sich verschärft. An Schulen werden Hakenkreuze geschmiert, einschlägige Symbole getragen oder rechte Parolen geäußert. Kinder und Jugendliche, die nicht ins rechtsextreme Weltbild passen, werden ausgegrenzt oder angegriffen. In Chatgruppen kursieren NS-verherrlichende Memes und Verschwörungserzählungen. Zunehmend melden sogar Grundschulen entsprechende Vorfälle.

Diese Entwicklung ist nicht losgelöst von der gesamtgesellschaftlichen Situation. Extrem rechte Einstellungen haben in den vergangenen Jahren auch in breiteren Teilen

der Gesamtbevölkerung an Boden gewonnen. Themen wie „Remigration“, die Diffamierung einer angeblich „woken“ Gesellschaft oder pauschale Angriffe auf Demokratieförderprojekte sind längst nicht mehr auf klar erkennbare Neonazistrukturen oder jugendliche Szenen beschränkt. Sie finden Resonanz in Teilen demokratischer Parteien, in kommunalen Debatten oder in den sozialen Medien des Mainstreams. Jugendliche wachsen in einem Klima auf, in dem extrem rechte Positionen immer stärker normalisiert werden – und in dem die Grenze der vertretenen Positionen zwischen extremer Szene und gesellschaftlicher Mitte zunehmend verwischt.

Für den Schul- und Jugendarbeitsalltag bedeutet das: In manchen Klassenräumen oder Jugendhäusern prägen rechtsextreme Jugendliche bereits die Stimmung. Dort bestimmen sie den Tonfall, bedrohen Andersdenkende und schüren ein Klima der Angst. Wer demokratische Positionen vertritt oder sich solidarisch zeigt, fühlt sich nicht selten in der Minderheit. Das kann zu einem Gefühl der Vereinzelung führen – demokratische Jugendliche verstummen dann oder äußern sich nicht mehr zu politischen Fragen. Für pädagogische Fachkräfte bedeutet das eine erhebliche Belastung: Viele fühlen

sich überfordert, nicht ausreichend unterstützt und durch die andauernde Debatte um die angebliche Neutralitätspflicht zusätzlich verunsichert. Die gesellschaftliche Debatte macht zudem nicht am Schultor halt: Auch im eigenen Kollegium sind möglicherweise ähnliche Einstellungen vertreten, was ein gemeinsames Handeln erschwert. Diese Gemengelage führt dazu, dass rechtsextreme Orientierungen gerade im Jugendalter verfestigt werden und ein Gegensteuern durch die Schule oder Jugendarbeit häufig zu spät kommt.

Parallel dazu beobachten die Mobilen Beratungsteams eine verstärkte Sichtbarkeit

junger Neonazigruppen, die seit 2024 bundesweit auftreten. Unter Namen wie „Jung und Stark“, „Deutsche Jugend Voran“ oder regionalen „Revolten“ treten sie meist lose organisiert auf, nutzen Social Media für Mobilisierung und Inszenierung und verknüpfen digitale Aktivität mit realer Raumnahme: Sie provozieren auf CSDs, treten in Gruppen auf Schulhöfen auf, fallen mit Straf- und Gewalttagen auf, organisieren Wanderungen oder Kampfsporttreffen und stellen Fotos davon online. Die Altersstruktur reicht inzwischen bis in die frühe Jugend – teils ab 10 Jahren –, was das Problem besonders dringlich macht.

## Ursachen und Dynamiken

Die Attraktivität solcher Strukturen für Jugendliche liegt nicht allein in der Ideologie, sondern auch in der Lebensweltorientierung begründet. Rechtsextreme Gruppen schaffen Erlebnisräume, die an jugendliche Bedürfnisse nach Gemeinschaft, Zugehörigkeit und Abenteuer anknüpfen. Wanderungen, Fußball, Hooliganismus oder Kampfsport wirken identitätsstiftend und bieten gleichzeitig eine Bühne für Provokation. Gerade für männliche Jugendliche bieten die dabei angebotenen Identifikationsmuster stereotypen Männlichkeit eine Möglichkeit, sich über die Unsicherheiten des Heranwachsens hinwegzusetzen und vermeintliche Stärke zu suggerieren. Über digitale Plattformen wie Instagram oder TikTok können die Gruppenaktivitäten niedrigschwellig verbreitet, inszeniert und mit einer klaren politischen Botschaft verknüpft werden.

Ideologisch greifen die Gruppen neben klichierhaften Geschlechterrollen auf weitere Themen zurück, die in jugendlichen Alltagskontexten anschlussfähig erscheinen. Besonders Queerfeindlichkeit, antifeministische Narrative und rassistische Zuschreibungen wirken als Türöffner. Sie ermöglichen Jugendlichen sich abzugrenzen, Zugehörigkeit zu demonstrieren und in

provokativer Weise Anerkennung zu erfahren. Diese Themen sind oft weniger mit abstrakten Parteipositionen verbunden, sondern erscheinen im Alltag als unmittelbare Provokation gegen eine als „woke“ oder „politisch korrekt“ wahrgenommene Gesellschaft.

Die Verschiebung gesamtgesellschaftlicher Dynamiken und Debatten nach rechts verstärkt zudem das Gefühl jugendlicher Gruppen, auf der „richtigen Seite“ zu stehen. Die rechtsextremen Einstellungen und Handlungen junger Menschen sind somit kein isoliertes „Jugendproblem“, sondern vielmehr ein Brennglas für die Normalisierung rechtsextremer Orientierungen in der Gesellschaft insgesamt.

Dennoch zeigen sich dabei regionale Unterschiede: In ostdeutschen Bundesländern treten rechtsextreme Jugendliche sichtbarer im öffentlichen Raum auf – mit Demonstrationen, Kundgebungen oder offenen Angriffen –, während in westdeutschen Bundesländern eher kleingruppenartige, digitale oder subkulturelle Erscheinungsformen dominieren. Überregional verbinden sich diese Gruppen durch Social Media, durch Teilnahmen an Demonstrationen oder gemeinsame Szene-Events.

## Handlungsempfehlungen für Politik und Verwaltung

### Verbindliche und niedrigschwellige Unterstützungsmodelle für Schulen und Jugendhilfe aufbauen

Schulen, Jugendämter und Träger der Jugendhilfe benötigen verfügbare, professionelle Unterstützung bei rechten Vorfällen. Dazu gehören externe Beratung, feste regionale Ansprechpartner\*innen und verbindliche Fallroutinen, wie sie in anderen Handlungsbereichen gerade für Schule in „Notfallordnern“ oder Checklisten in vielen Bundesländern bereits vorliegen. Die Beratungspraxis zeigt, dass die Überforderung selbst zunehmend zum Beratungsanlass wird. Daraus müssen institutionelle Entlastungsmechanismen geschaffen werden, um Fachkräfte in akuten Situationen schnell zu unterstützen.

### Politische Bildung verstetigen – besonders in der Fläche

Die aktuellen Förder- und Projektlogiken führen zu Brüchen und fehlenden Strukturen, vor allem in der Bildungsarbeit zu Demokratie und Rechtsextremismus. Das erschwert eine verlässliche Vernetzung und macht Präventionsstrukturen in der Bildungsarbeit instabil. Notwendig sind verlässliche Förderstrukturen für die politische Bildung vor Ort, kommunale Präventionsnetzwerke und verlässliche Angebote, die auch in ländlichen Regionen erreichbar sind. Prävention muss als langfristige kommunale Aufgabe etabliert werden, nicht als befristete Modellphase.

### Neutralitätsdebatte entschärfen und Handlungssicherheit schaffen

Fachkräfte müssen wissen, dass demokratisches Handeln keine Parteinaufnahme darstellt. Im Gegenteil: Wer das Grundgesetz im Rücken hat, kann nicht neutral sein gegenüber Ausgrenzung, Rassismus, Antisemitismus und Antifeminismus. Politische Entscheidungsträger\*innen sollten klare Leitlinien veröffentlichen, die Neutralität gegenüber antidemokratischen Positionen ausschließen. Handreichungen, Fortbildungen und juristische Klarstellungen geben Sicherheit und erleichtern konsequentes Eingreifen.

### Personal, Zeit und Qualifizierung stärken

Die Erwartung, dass Schulen und Jugendhilfe neue Aufgaben ohne zusätzliche Ressourcen leisten können, ist nicht realistisch. Es braucht definierte Zuständigkeiten, Zeitkontingente für Fallarbeit, Fortbildungen und ausreichend finanzierte Präventionsstrukturen. Nur mit echter Entlastung können Fachkräfte nachhaltig agieren. Das bedeutet auch: ohne deutlich mehr finanzielle Mittel werden Schule und Jugendarbeit die Probleme kaum in den Griff kriegen können.

### Repression und Prävention ergänzen sich

Phänomene wie Bedrohungen, Einschüchterungen oder Gewalt erfordern ein abgestimmtes Handeln zwischen Polizei, Jugendhilfe/Schule und Beratung – vor allem dann, wenn es um komplexe Dynamiken in Gruppen geht. Rasche Interventionen schützen nicht-rechte Jugendliche und verhindern die Festigung hegemonialer rechter Räume. Prävention bleibt wichtig, aber es braucht auch konsequente Rechtsstaatlichkeit.

### Digitale Radikalisierung ernst nehmen

Digitale Räume prägen jugendliche Radikalisierung maßgeblich. Daher müssen Fachkräfte Kenntnisse über Plattformlogiken, Memes, ästhetische Codes und Algorithmen erhalten. Plattformen sollten stärker reguliert werden, etwa durch schnellere Löschung rechtsextremer Inhalte. Gleichzeitig braucht es eine Förderung jugendgerechter, demokratischer Gegenangebote – z.B. im Rahmen der Jugendverbandsarbeit oder partizipativer Projekte, die Jugendlichen Selbstwirksamkeitserfahrungen ermöglichen – sowie digitale Beratungskompetenz.

### Sichere Räume für nicht-rechte Jugendliche schaffen

Kommunen müssen Räume für Jugendliche stärken, sozialpädagogisch begleiten und Angebote schaffen, die demokratische Werte vermitteln. Das bedeutet auch, Freiräume sowie Teilhabe an Entscheidungen und damit Selbstwirksamkeitserfahrungen zu ermöglichen. Wo solche Räume fehlen, können sie durch rechte Gruppen einfacher

besetzt werden. Investitionen in kommunale Jugendarbeit sind daher Investitionen in sozialen Frieden und demokratische Resilienz.

#### **Elternarbeit professionalisieren und niedrigschwellige Angebote schaffen**

Eltern benötigen Unterstützung, wenn ihre Kinder extrem rechte Inhalte teilen oder

entsprechende Symbole verwenden. Regionale Beratungsangebote, digitale Informationsformate, Gesprächsleitfäden und Schulungen zu digitaler Radikalisierung sollten ausgebaut werden, um frühe Intervention zu ermöglichen.

#### **Kontakt:**

Heiko Klare / [klare@bundesverband-mobile-beratung.de](mailto:klare@bundesverband-mobile-beratung.de) / 0351 5005416

#### **Zum Bundesverband Mobile Beratung:**

Der Bundesverband Mobile Beratung (BMB) ist der Dachverband von rund 50 Mobilen Beratungsteams bundesweit, die zum Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus und Verschwörungserzählungen beraten. Wir vernetzen die Teams, organisieren Fachtagungen und stehen als Ansprechpartner\*innen für Politik und Medien zur Verfügung.

#### **V.i.S.d.P.:**

Grit Hanneforth, Geschäftsführerin des Bundesverbands Mobile Beratung e.V.

Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung.

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium  
für Bildung, Familie, Senioren,  
Frauen und Jugend

Demokratie *leben!*